



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 25.04.2023

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas - Befangen zu TOP Ö3 -
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Konstandin, Angelika - Anwesend bis 21.15 Uhr (verlässt
Sitzung während TOP N1)
Lüthje-Lenhardt, Monika
Möller, Eva
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Roßwag, Ulrich, Dr.
Rothweiler, Edelbert - Befangen zu TOP Ö4 -
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.
Vortisch, Volker Hans

Schriftführerin:

Riegel, Sarah

Verwaltung:

Bauer, Christian
Dermann, Florian - zu TOP Ö2 (Freiflächenkonzept und
Quartierskonzept Söllingen)
Dickemann, Niklas
Kauter-Eby, Thomas
Pöschl, Marcus
Schmid, Lukas - zu TOP Ö4 (SO Gartenhausgebiet
Reute)
Sturm, Thomas



Ortschaftsrat:

Bampi, Diana - zu TOP Ö 2 (Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen)
Eifert, Heiko - zu TOP Ö 2 (Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen)

Mitwirkende/ext. Org.:

Blaser, Sonja - zu TOP Ö 2 (Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen)
Oettinger, Catrin - zu TOP Ö 3 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle")
Schöffler, Michael - zu TOP Ö 3 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle")
Schürhuber, Christian - zu TOP Ö 3 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle")

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 17.04.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 20.04.2023.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Markus Ringwald
Gemeinderat Dr. Ulrich Roßwag



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen **BV/196/2023**
- Vorstellung
3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen **BV/164/2023**
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange
- Antrag an den NVK zwecks Änderung des Flächennutzungsplans
- Beratung und Beschlussfassung
4. Bebauungsplan "SO Gartenhausgebiet Reute", OT Berghausen **BV/132/2022/1**
- Entwurfs- und Offenlagebeschluss
- Empfehlung an den NVK zwecks Änderung des Flächennutzungsplanes
- Beratung und Beschlussfassung
5. Vorbereitung Doppelhaushalt 24/25 **BV/187/2023/1**
- Beratung und Beschlussfassung
6. Breitbandversorgung Bildungszentrum Berghausen und weitere **BV/204/2023**
- Beratung und Beschlussfassung
- Freigabe für Ausschreibung
7. Mitteilungen der Bürgermeisterin
8. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
9. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert das Procedere.

Ein Bürger äußert sich zum Tagesordnungspunkt Gartenhausgebiet „Reute“. Er sei der Meinung, der Beschlussvorschlag solle abgelehnt werden, da das Verfahren fehlerhaft sei. Das Verfahren sei zwei Mal ohne Begründung verlängert worden. Bereits im Dezember hätte er auf die Fehler hingewiesen, auf die nicht eingegangen worden und die nicht übernommen worden seien, obwohl ihm das zugesichert worden sei. Das Verfahren sei außerdem unfair, es würde Ersatzansprüche mit sich ziehen. Dieses Thema sei bis heute noch nicht angesprochen worden. Auch den landwirtschaftlichen Sinn würde er nicht sehen. Ziel sei es, den Wildwuchs zu bekämpfen, dafür hätte die Verwaltung 40 Jahre Zeit gehabt und hätte nichts getan. Im Gebiet „Reute“ gebe es am wenigsten Wildwuchs. Er appelliere an den Gemeinderat, den Antrag abzulehnen.

Eine Bürgerin möchte zum Projekt Schnellermühle wissen, ob es ein Parkraumkonzept dazu gebe und ob Orpea involviert sei.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, dass Orpea nicht involviert sei und das Konzept im späteren Tagesordnungspunkt vorgestellt werde, auch der Parkraum.

2. Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen - Vorstellung

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein und stellt Frau Blaser von faktorgruen vor, die das Projekt Freiflächenkonzept und Quartierskonzept Söllingen vorstellt.

Amtsleiter Kauter-Eby stellt kurz den Tagesordnungspunkt sowie das Freiflächenkonzept und Quartierskonzept vor. Frau Blaser von faktorgruen werde alles genauer erläutern. Das Freiflächenkonzept behandle die Grünflächen der Gemeinde, das Quartierskonzept sei angegliedert an die energetische Stadtsanierung. Die Konzepte beinhalten Klimaanpassungsmaßnahmen.

Herr Dermann erklärt, dass die Konzepte aus dem Gemeindeentwicklungsplan und der Klimaoffensive entstanden seien. Im nächsten Schritt würden die vorgeschlagenen Maßnahmen von der Verwaltung betrachtet und mit dem Gemeinderat abgestimmt werden.

Frau Blaser erläutert die Konzepte anhand einer Präsentation.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt bedankt sich für die Präsentation. Man sehe, dass viel gute und qualifizierte Arbeit darin stecke. Die Darstellung sei etwas zu klein gewesen. Sie freue sich über viele Zuschauer:innen in der Sitzung. Das Gemeindeentwicklungskonzept sei durch die Ideen der Bürger:innen erarbeitet worden. Es sei auch darauf hingewiesen worden, dass der öffentliche Raum immer neu betrachtet werden müsse, wozu Kommunen auch durch den Bund verpflichtet seien. Die Pfinz hätte viel Naherholungspotenzial, darauf müsse eingegangen werden. Sie nehme alles sehr positiv zur Kenntnis.



Gemeinderat Ringwald bedankt sich für den Fachvortrag. Das Thema sei sehr wichtig und erhöhe die Lebensqualität. Einige Planungen würden jedoch über Privatgrundstücke gehen und bei vielen Punkten müsse man weitere Beteiligte mit hinzuziehen, auch das Regierungspräsidium. Die Thematisierung der begehbaren Pfinz sehe er besonders positiv. Es sei ihm wichtig, dass auch die Ortschaftsräte mit einbezogen werden würden, bevor Entscheidungen über Maßnahmen getroffen werden. Das Freiflächenkonzept würde er zur Kenntnis nehmen, was aber nicht die globale Zustimmung bedeute.

Bürgermeisterin Bodner sagt, dass Entscheidungen in den folgenden Sitzungen getroffen werden würden.

Gemeinderätin Elsenbusch bedankt sich für die gründliche Analyse und Ausarbeitung. Sie erachtet alles als sehr hilfreich und sehe gute Ideen und Maßnahmen, welche aufgegriffen und umgesetzt werden sollten. Bürger:innen wollen nicht Jahre lang auf die Umsetzung von beschlossenen Konzepten warten. Sie macht den Vorschlag, dass die Verwaltung alle bisherigen Konzepte übereinanderlegt, Schnittmengen analysiert und konkrete Maßnahmen zum nächsten Haushalt vorschlägt. Das vorgestellte Konzept nehme sie positiv zur Kenntnis.

Gemeinderat Dr. Rahn sieht gute Inhalte, vor allem im Quartierskonzept. Viele Maßnahmen würden wirklich zum Erhalt der Lebensqualität notwendig erscheinen und sollten umgesetzt werden. Er äußert Bedenken, was die Maßnahmen die Pfinz betreffend angeht. Das Pfinzufer bzw. der Gewässerrandstreifen und der Naturschutz seien zu wenig berücksichtigt worden. Bauliche Anlagen seien am Pfinzufer nicht möglich, was auch schädlich für die Vogelwelt wäre. Er sei zuversichtlich, dass Maßnahmen gefunden werden.

Gemeinderat Hörter äußert, dass die Fraktion etwas über das Freiflächenkonzept in Söllingen verwundert sei. Es hätte vorab mit dem Ortschaftsrat Söllingen abgestimmt werden sollen. Dieser hätte die besten Ortskenntnisse. Innerörtliche Nahverdichtung sei nicht immer das beste Mittel. Auch im Ortsteil benötige man noch „Grüne Lungen“. Es bringe auch Konflikte mit sich, da Parkflächen wegfallen. Weitere Maßnahmen sollten mit dem Ortschaftsrat und den Bürger:innen gemeinsam entwickelt werden. Außerdem solle am Ortseingang Söllingen ein Bürgerpark angelegt werden. Hierzu stellt er die Frage, ob es entsprechende Flächen im Eigentum der Gemeinde gebe oder ob Flächen erworben werden müssten.

Gemeinderat Rothweiler hofft, dass begehbare Stellen an der Pfinz erreicht werden.

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich für die Wortmeldungen. Beide Konzepte sollen zur Kenntnis genommen werden.

- 3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schnellermühle", OT Berghausen**
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange
 - Antrag an den NVK zwecks Änderung des Flächennutzungsplans
 - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Frau Oettinger der Oettinger Gruppe GmbH und ihr Team.

Frau Oettinger stellt sich und den aktuellen Stand des Projektes „Schnellermühle“ in Berghausen vor.



Die Präsentation ist als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

Gemeinderat Vortisch sagt, dass das Projekt schnell vorangehe. Auch auf die 109 PKW-Stellplätze sei eingegangen worden. Eine Bushaltestelle in der Nähe fände er noch schön. In der letzten Sitzung sei von Fremdenzimmer die Rede gewesen, nun spreche man von Ferienwohnungen. Hierzu bittet er um Erklärung. Außerdem möchte er wissen, was es mit der Turbine auf sich habe.

Frau Oettinger antwortet, dass das Thema Bus noch geklärt werde. Es wäre für das Projekt sehr wertvoll, sie hätten darauf aber nur teilweise Einfluss. Die Anzahl der Fremdenzimmer bzw. Ferienwohnungen hätte sich nicht geändert. Ferienwohnungen seien förderfähig, Fremdenzimmer nicht. Bzgl. der Turbine erklärt sie, dass diese aktuell der Familie Noll gehöre. Man möchte die Energie für die gesamte Anlage nutzen. Ein Konzept sei gerade in Arbeit.

Gemeinderätin Frensch erklärt, sie komme aus dem Bereich Sonderpädagogik und habe daher viel mit behinderten Kindern gearbeitet. In Pfinztal gebe es zwar das Martinshaus, aber es sei noch viel mehr möglich. Sie freue sich, wenn Menschen mit Behinderung im Leben mittendrin dabei sein dürften. Auch der Aufenthalt direkt an der Pfinz mit einem Café sei schön und eine tolle Möglichkeit für junge Familien.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt äußert sich begeistert über das Projekt und die Offenheit. Die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe finde sie toll, ebenso das Radwegenetz. Es würden viele offene Nutzungsmöglichkeiten angeboten werden. Beispielsweise könnten Treffen der Arbeitskreise oder der Weihnachtsmarkt zukünftig dort stattfinden. Sie würde sich wünschen, dass die geplante Gaststätte ein Café werde. Dem Bauamt stellt sie die Frage, ob an dieser Stelle die Einführung einer Tempo 30-Zone möglich wäre.

Herr Schmid sagt, eine reduzierte Geschwindigkeit an dieser Stelle wäre gut. Das Bauamt würde daran arbeiten, könne die Entscheidung aber nicht selbst treffen. Tempo 50 sei bereits eingeführt.

Gemeinderat Ringwald empfindet die Beteiligung von Verwaltung und Gemeinderat von Beginn an als sehr positiv. Das Projekt könnte einen positiven Effekt für die angrenzenden Flächen links und rechts zur weiteren Entwicklung haben.

Gemeinderat Dr. Vogel befürchtet, dass man sich mit diesem Projekt einiges verbauen würde. Planungen für die B10 würden derzeit durch das RP laufen. Er werde nicht zustimmen.

Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, dass er von dem Vorhaben nicht begeistert sei. Es sei ihm zu viel Bebauung im Außenbereich und zu wohnungsbaulastig. Die Seniorenwohnungen seien völlig am falschen Platz außerhalb der Orte und fernab der nächsten ÖPNV-Stellen. Dies sei für ältere Personen, welche nicht gut zu Fuß unterwegs sind, ungeeignet. Außerdem seien die Grundstücke bisher als Gewerbefläche ausgewiesen. Durch dieses Projekt werde die Gewerbefläche wieder in Wohnbaufläche umgewandelt, dies befürworte er nicht. Es würde eine Splittersiedlung außerhalb der Ortsteile entstehen und außerdem zu Verkehrsproblemen kommen. Er stimme dem Vorhaben nicht zu.

Gemeinderätin Möller sehe die Bedenken der Gemeinderäte Dr. Vogel und Dr. Rahn. Sie werde dennoch zustimmen und vertrauen, dass das Vorgestellte auch später realisiert werde. Es sei ein sensibles Thema, was die Ferienwohnungen angehe.

Frau Oettinger sichert zu, dass alles Vorgestellte auch umgesetzt werde.



Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden bzw. Träger öffentliche Belange gem. den Vorschriften der §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.
2. Der Gemeinderat empfiehlt dem gemeinsamen Ausschuss des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe einen Aufstellungsbeschluss für die punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans des NVK im Bereich Gemeinde Pfinztal, „Schnellermühle“ auf Gemarkung Berghausen gemäß § 2 Abs. 1 und 4 BauGB zu fassen.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 1

4. **Bebauungsplan "SO Gartenhausgebiet Reute", OT Berghausen**
 - Entwurfs- und Offenlagebeschluss
 - Empfehlung an den NVK zwecks Änderung des Flächennutzungsplanes
 - Beratung und Beschlussfassung

Herr Schmid stellt den Tagesordnungspunkt vor. Der Bebauungsplanentwurf stelle die beste Lösung dar, um Ziele des Aufstellungsbeschlusses umzusetzen. Die Öffentlichkeit sei umfangreich beteiligt worden und man verstehe die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger. Jedes weitere Umformen des Entwurfs würde jedoch die gesetzten Ziele angreifen, es werde keine weiteren Änderungen mehr geben.

Gemeinderat Dr. Roßwag spricht Anerkennung für die Verwaltung aus. Der Entwurf hätte einiges an Arbeit gekostet, auch mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sei viel gesprochen worden. Dennoch könne die SPD dem Antrag aufgrund folgender Stellungnahme nicht zustimmen:

„Die SPD-Fraktion kann mehrheitlich dem Antrag der Verwaltung nicht zustimmen und bringt deshalb einen eigenen Antrag zu der Neugestaltung des Gebietes „Reute“ ein. Auf den Antrag und die Begründung wird verwiesen.

1. *Der Gemeinderat war sich bewusst, dass bezüglich der großzügigen Flächenausweisung für Gartenhaus- und Wochenendgebiete und Teile der Satzung ein Handlungsbedarf besteht. Dieser umfasste im Wesentlichen die Einhaltung der Bestimmungen und Verhinderungen einer Zersiedelung. An diesen Zielen halten wir nach wie vor fest.*
2. *Die letztliche knappe Ablehnung im TuU ist auf die Reaktion der betroffenen Bürger im Rahmen der Anhörung und dem Umgang mit deren Argumente zurückzuführen. Die Bürger wehren sich gegen den Entzug eines theoretischen Baurechts und damit einhergehend gegen eine Wertminderung ihrer Grundstücke. Diese verständlichen Einwände wurden u.E. von der Verwaltung nicht angemessen berücksichtigt.*
3. *Aus diesen Gründen können wir dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.*
4. *Allerdings möchten wir das Buch nicht komplett zumachen. Die Gartenhaus- und Wochenendgebiete bzw. deren Bebauungspläne sollen bzw. müssen modernisiert und zeitgemäße Bestimmungen eingeführt werden. Wir haben deshalb der Verwaltung ei-*



nen Antrag vorgelegt, der eine Änderung des ursprünglichen Bebauungsplans lediglich für die Bauvorhaben vorsieht.

5. *Der Vorschlag hat im Wesentlichen folgende Kernpunkte:*
 - a. *Die bisherigen Grenzen des Gebietes „Reute“ bleiben bestehen. Die Baubestimmungen werden auf der Basis des heutigen Ökologieverständnisses angepasst. Z.B. Schutz des Streuobstes, Verhinderung von Sperren durch Zäune, Verbot des Einbringens von Neophyten, zu starke Versiegelung und landschaftsbildstörende Gebäude.*
 - b. *Die Anzahl der Gebäude je Nutzungseinheit und Größe bleibt wie bisher bei einem Gebäude und 20 m² Grundfläche.*
 - c. *Die Einhaltung der rechtsgültigen Bestimmungen wird umgehend und umfassend kontrolliert. Bei Beanstandungen wird nach Lösungen zur Legalisierung gesucht und im Zweifel über das Baurecht durchgesetzt.*
 - d. *Ziffer 5d) gilt auch für alle anderen Gartenhaus- und Wochenendgebiete.*
6. *Ein Vorteil unseres Kompromissvorschlages ist, dass die Eigentümer nur in geringem vertretbaren Maße betroffen sind, der Nutzen für Natur und Landschaft aber hoch ist. Wir erwarten deshalb eine große Akzeptanz.*
7. *Ein weiterer Vorteil ist, dass die Regelung für alle anderen Gebiete, ohne den großen Aufwand der für „Reute“ betrieben wurde, übertragen werden kann. Auch eine Änderung des FNP ist nicht erforderlich. Dabei sind die Erkenntnisse von faktorgruen eine wertvolle Faktengrundlage, da die vorgeschlagenen „Eingriffe in das Verfügungsrecht“ sehr gut begründet werden können.*

Die Verwaltung ist der Ansicht, dass mit Ablehnung des Verwaltungsvorschlages das Änderungsverfahren vorerst beendet wäre. Das sehen wir nicht so.

Im laufenden Verfahren zum jetzigen Stand sind u.E. Änderungen sehr wohl möglich. Sogar vom Gesetzgeber erwünscht, sofern sie nicht völlig den ursprünglichen Zielen widersprechen. Zumindest ist so die Kommentierung zu § 3 BauGB.

Wir sind uns sicher, dass wir eine gute Lösung für die Gemeinde und die Betroffenen gefunden haben.

Die SPD-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, dem Kompromissvorschlag zuzustimmen.“

Gemeinderat Ringwald erklärt, dass der Wunsch zur Regulierung des Wildwuchses nicht zielführend sei. Würde man die Zeitschiene betrachten, seien fünf Jahre für dieses kleine Gebiet sehr lange. Für ganz Pfinztal würde man noch viele Jahre benötigen, wenn man es überhaupt umgesetzt bekäme. Auch könnte es Schadenersatzansprüche geben. Wichtig sei, dass der alte Bebauungsplan eingehalten und kontrolliert werde, es sei erstmal kein neuer Bebauungsplan notwendig.

Gemeinderat Dr. Rahn sagt, er könne nicht nachvollziehen, weshalb das jahrelange einstimmig beschlossene Vorhaben nicht mehr umgesetzt werden solle. Er finde, es sei eine gute Vorlage. Etliche Einwendungen seien berücksichtigt und eingearbeitet worden. Das Planwerk sei verabschiedungsreif. Die Bebauungsplanänderungen sollten beschlossen werden. Die alte Gartenhausgebietssatzung sollte auf Grundlage des Antrags der SPD-Fraktion überarbeitet und modernisiert werden. Es werde heute schon beantragt, dass Thema „Änderung der Satzung Gartenhausgebiete auf Grundlage der vorgesehenen Vorschriften für das Gartenhausgebiet Reute“ auf die Tagesordnung einer der nächsten Ausschusssitzungen zu nehmen.



Gemeinderätin Lühje-Lenhardt schließt sich den Aussagen von Gemeinderat Dr. Rahn an. Es solle ein Kompromiss aus den Anträgen von Gemeinderat Dr. Rahn und der SPD-Fraktion erarbeitet werden, um das Beste herauszuholen. Sie könne weder die CDU-Fraktion noch die SPD-Fraktion verstehen. Die Ziele seien immer bekannt gewesen und benannt worden. Es seien immer einstimmige Entscheidungen des Gremiums gewesen. Die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger seien alle zumindest teilweise berücksichtigt worden, die Einwendungen des Gremiums verstehe sie heute nicht. Eine Gemeinde müsse für alle da sein und es müsse abgewägt werden, was wichtiger sei. Die Ziele der Gemeinde und verschiedener Konzepte würden heute für die Bebauungsplanänderung sprechen.

Gemeinderätin Konstandin gibt zu bedenken, dass es eine ganz klare Benachteiligung des Gebietes „Reute“ geben werde, wenn man dem Vorschlag von Gemeinderätin Lühje-Lenhardt und Gemeinderat Dr. Rahn folgen würde, da dann für dieses Gebiet alleine anders entschieden werden würde. Sie sehe nicht, dass durch ihren Vorschlag die Ziele verfehlt werden. Es gebe kaum Wildwuchs im Gebiet „Reute“ und sie sei der Meinung, dass man laut aktuellem Verfahrensstand noch Änderungen im Verfahren anbringen könnte.

Gemeinderat Dr. Vogel trägt bei, dass der Prozess zwar angestoßen wurde, mit dem Ergebnis sei man jedoch nicht einverstanden. Man wolle dieses den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten. Es hätte sich in eine Richtung entwickelt, die man so nicht haben wolle.

Bauamtsleiter Kauter-Eby sagt, es sei eine kritische Frage, ob man mit dem Alternativvorschlag die Ziele noch erreichen könne. Formal gesagt würden die Vorgaben des Aufstellungsbeschlusses nicht erreicht werden. Ein Bebauungsplanverfahren müsse auf vorgegebene Ziele abgestellt werden. Formal sei es nicht möglich, die Änderungen des SPD-Antrags umzusetzen. Für die zuständigen Mitarbeiter des Bau- und Umweltamts sei es demotivierend, nach fünf Jahren Arbeit die Richtung ändern zu müssen. Von der fachlichen Seite aus sei man für andere Ansätze offen.

Bürgermeisterin Bodner schlägt vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen. Über den Antrag der SPD werde in anderer Sitzung beraten und beschlossen.

Gemeinderat Dr. Roßwag bittet darum, sofort über den SPD-Antrag abzustimmen, wenn der Verwaltungsvorschlag abgelehnt werde.

Hauptamtsleiter Bauer erklärt, dass zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt werde. Werde dieser abgelehnt, wird über den nächsten Antrag abgestimmt. Die Besonderheit hier wäre, dass der zweite Antrag nicht den Zielen des Aufstellungsbeschlusses entspreche. Werde der Verwaltungsvorschlag abgelehnt, sei das Verfahren erstmal beendet.

Herr Schmid sagt, wenn der Verwaltungsvorschlag abgelehnt werde, sei das Verfahren erstmal beendet. Die Offenlage würde nicht durchgeführt werden. Man könne den Antrag zur Prüfung mitnehmen und in späterer Sitzung darüber abstimmen.

Gemeinderat Dr. Vogel äußert, dass der SPD-Antrag ein völlig anderes Thema beinhalte, da die Ziele mit dem Bebauungsplan nicht konform seien. Man solle dann nicht sofort etwas anderes entscheiden, sondern in neuer Sitzung über den Antrag der SPD entscheiden.

Hauptamtsleiter Bauer sagt, dass der förmliche Antrag von Gemeinderat Dr. Rahn in einer der nächsten Sitzungen behandelt und bis dahin vorbereitet werde. Werde das Verfahren „Reute“ heute beendet, werde sich in einer der nächsten Sitzung nicht nur über das Gebiet „Reute“ unterhalten, sondern über alle weiteren Gartenhausgebiete in Pfinztal. Zur Vorbereitung benötige man etwas Zeit.



Gemeinderat Dr. Roßwag ergänzt, dass der Antrag der SPD auch für alle anderen Gartenhausgebiete der Gemeinde gelte.

Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplanentwurf mit Stand 20.12.2022 wird gebilligt und ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt parallel. Der Zeitraum wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.**
- 2. Der Gemeinderat empfiehlt dem gemeinsamen Ausschuss des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe einen Aufstellungsbeschluss für die punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans des NVK im Bereich Gemeinde Pfinztal, „Gartenhausgebiete“ auf Gemarkung Berghausen gemäß § 2 Abs. 1 und 4 BauGB zu fassen.**

Der Gemeinderat lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgendem Abstimmungsergebnis ab:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 14

Enthaltungen: 0

**5. Vorbereitung Doppelhaushalt 24/25
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Rechnungsamtsleiter Dickemann erklärt, dass die Aufstellung des Haushalts bisher zufriedenstellend laufe. Vermutlich sei kein Nachtragshaushalt notwendig. Die Argumente für den kommenden Haushalt seien im Finanzausschuss bereits ausgetauscht worden. Der größte Vorteil eines Doppelhaushalts sei, dass Maßnahmen langfristig priorisiert werden könnten.

Gemeinderat Schwarz sagt, dass das Ergebnis zu dieser Entscheidung im Ausschuss sehr knapp gewesen sei. In der eigenen Fraktion sei man sich über die Gewichtung der einzelnen Argumente uneinig gewesen. Ein Vorteil für die Verwaltung, als auch für den Gemeinderat, sei es, dass man sich nur einmal in zwei Jahren damit beschäftigen müsse. Allerdings sei im Jahr 2024 Kommunalwahl und er möchte dem neuen Gemeinderat die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden. Er selbst sei Fan eines Doppelhaushaltes, dieses Mal jedoch nicht. Die Fraktion werde uneinheitlich abstimmen.

Gemeinderat Ringwald trägt bei, dass die Argumente umfangreich ausgetauscht worden seien. Seine Fraktion sei klar für einen Doppelhaushalt. Ein Manko sei, dass man nur mit einem Berichtswesen einen Überblick behalten könne. Diesbezüglich sei er für die Einführung.

Gemeinderätin Konstandin gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion gegen den Doppelhaushalt stimmen werde. Die Argumentation der Verwaltung, dass die Umsetzung von Projekten dadurch einfacher sei, sehe sie nicht so. Langfristige Ziele könnten auch in einem einjährigen Haushalt definiert werden. Die meisten Kommentare würden beinhalten, dass bei Doppelhaushalten eher ein Nachtragshaushalt benötigt werden würde.



Gemeinderätin Möller sehe sowohl Vor- als auch Nachteile. Sie werden jedoch aufgrund der Arbeitsbelastung der Verwaltung für den Doppelhaushalt stimmen. Es gebe genügend Investitionen, die immer dringend notwendig sind. Damit könne man gut einen Doppelhaushalt füllen. Ein neuer Gemeinderat müsse sowieso mit vielen Entscheidungen aus der Vergangenheit leben, die den Spielraum beschränken.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Verwaltung mit der Planung eines Doppelhaushaltes 2024/25 zu beauftragen.

Der Gemeinderat stimmt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 7

Enthaltungen: 1

**6. Breitbandversorgung Bildungszentrum Berghausen und weitere
- Beratung und Beschlussfassung
- Freigabe für Ausschreibung**

Hauptamtsleiter Bauer stellt den Tagesordnungspunkt vor. Ziel sei es, das Bildungszentrum an das Glasfasernetz anzuschließen, was schon seit mehreren Jahren Thema sei. Es sei nun entschieden worden, dass das Bildungszentrum sowie weitere umliegende Gebäude von Glasfaserförderung profitieren können. Alle Gebäude, welche an der Trasse liegen, könnten an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Des Weiteren stellt er die Fördermöglichkeit sowie die Kosten für die Gemeinde gemäß den ausführlichen Sitzungsunterlagen vor.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt erteilt die Zustimmung für ihre Fraktion.

Gemeinderat Ringwald erteilt ebenfalls die Zustimmung.

Gemeinderat Reeb erklärt die Zustimmung und stellt die Frage, ob man auf das Gewerbegebiet Söllingen erweitern könnte.

Hauptamtsleiter Bauer antwortet, er werde die Frage mit der BLK klären. Das Bildungszentrum sei zunächst erste Priorität. Weitere Schritte werden im Folgenden gleich eingeleitet. Das Thema Glasfaser werde in einer der nächsten Sitzungen auf der Tagesordnung sein.

Beschluss:

- 1. Die BLK Landkreis Karlsruhe GmbH wird beauftragt, die Ausschreibung für die geplante Glasfasertrasse gem. Trassenplan durchzuführen.**
- 2. Im Rahmen der Baumaßnahmen sollen die Gebäude Schlossgartenstraße 9 (Schlossgartenschule) & 11 (Realschule/Gymnasium), Am Stadion 4/1 (Kindergarten) & 4/2 (Mensa) sowie Lehmgrubenstraße 4 (Bauhof) & 6 (Jugendhaus) an das Glasfasernetz via Hausanschluss angeschlossen werden.**
- 3. Für das Haushaltsjahr 2023 wird eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 810.000 Euro bewilligt.**
- 4. Der Gemeinderat stellt die erforderlichen Finanzmittel im Haushalt 2024/2025 ein.**

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu.



7. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Keine Mitteilungen der Bürgermeisterin an das Gremium.

8. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Schaier teilt mit, dass sie in Kleinsteinbach immer wieder auf den Bocks-
bach angesprochen werde. Sie kenne hierzu nicht den aktuellen Stand. Die EnBW hätte et-
was zum Thema Hochwasser entwickelt, worauf sie immer verweise.

Bauamtsleiter Kauter-Eby antwortet, dass die Berechnungen laufen würden. Er rechne bis
zum Ende des Jahres mit einem Ergebnis.

9. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Bürger bedankt sich, dass sich alle Fraktionen mit dem Thema Gartenhausgebiet „Reu-
te“ auseinandergesetzt haben. Die Präsentationen seien aber sehr schlecht zu lesen gewe-
sen.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat
Markus Ringwald

Sarah Riegel

Gemeinderat
Dr. Ulrich Roßwag